



THEMEN DER WOCHE

Mainz, 20. August 2020

Nr. 17/144

1. **Halbzeitbilanz Klimaschutz der Landesregierung**
2. **Zustand des Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz**
3. **Auswirkungen der anhaltenden Trockenheit im Frühjahr 2020 auf die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz**
4. **Militärischer Fluglärm in der Pfalz – Überschallflüge**
5. **Lebensmittelverschwendung**
6. **Bundesrat: Grundrente, Hass und Hetze im Netz und Arbeitsbedingungen für ausländische Beschäftigte**

1. Halbzeitbilanz Klimaschutz der Landesregierung

Große Anfrage der Fraktion der CDU

– [Drs. 17/12556](#) –

Die Fraktion der CDU erfragt mit ihrer Großen Anfrage den **aktuellen Stand der Klimaschutzziele** sowie das **Klimaschutzkonzept** in Rheinland-Pfalz. Besonders interessiert sie die Strombedarfsentwicklung von Rheinland-Pfalz in den letzten 10 Jahren. Die fragestellende Fraktion möchte zudem Informationen darüber, welche Maßnahmen die Landesregierung zur Erreichung des Ziels, den Strombedarf bis zum Jahr 2030 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken, ergreift und welche Zwischenziele sie sich für die verbleibende Zeit gesetzt hat.

Zum Klimaschutzkonzept verlangt sie Auskunft von der Landesregierung, wann die vorgesehene Fortschreibung des Konzepts erscheint, welche Maßnahmen zum Klimaschutzmonitoring bisher entwickelt wurden, wie häufig diese Maßnahmen erhoben wurden und zu welchen Ergebnissen es bisher gekommen ist.

Die CDU-Fraktion interessiert sich außerdem für den weiteren **Ausbau der erneuerbaren Energien**. Hier geht es ihr besonders um die Entwicklung innerhalb der letzten 10 Jahre sowie um den technologischen und wirtschaftlichen Wandel auf diesem Sektor.

2. Zustand des Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der AfD
– [Drs. 17/12324](#) –

Der Katastrophenschutz in Friedenszeiten und zur allgemeinen Gefahrenabwehr obliegt den Ländern, erläutert die Landesregierung, während der Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfalle in der Verantwortung des Bundes liegt. Das Land Rheinland-Pfalz berate und unterstütze die kommunalen Aufgabenträger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zum Beispiel durch Zuwendungen für Fahrzeuge, Ausrüstungen und Feuerwehrhäuser.

Der **Katastrophenschutz** habe die Aufgabe, die Selbsthilfe der Bevölkerung durch gebotene behördliche Maßnahmen zu ergänzen. Er sollte im Falle einer eingetretenen Katastrophe die grundlegendsten Bedürfnisse der Bevölkerung sicherstellen sowie für deren Unversehrtheit und schnellstmögliche Hilfe sorgen.

Zur Beratung der kommunalen Aufgabenträger und zur Koordination der Betreuung von Einsatzkräften nach psychisch besonders belastenden Einsätzen sowie der Betreuung von Betroffenen nach Großschäden halte das Land seit dem Jahr 1998 eine **Beratungs- und Koordinierungsstelle Psychosoziale Notfallversorgung** vor. Mit dieser Beratungs- und Koordinierungsstelle sei Rheinland-Pfalz Vorreiter bei den Bundesländern gewesen. Zwischenzeitlich hätten zahlreiche Länder innerhalb Deutschlands ebenfalls eine solche Institution geschaffen.

3. Auswirkungen der anhaltenden Trockenheit im Frühjahr 2020 auf die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage
– [Drs. 17/12153](#) –

Die Mitteltemperaturen im meteorologischen Frühjahr hätten sich seit Beginn der Messungen Ende des 19. Jahrhunderts **um 1,7° C nach oben** entwickelt. Speziell in den letzten drei Jahrzehnten sei dieser Anstieg besonders stark aufgefallen (von 7,7° C im Zeitraum 1881 bis 1910 auf 9,4° C im Zeitraum 1990 bis 2019). Diese Entwicklung zeige sich auch in der deutlichen Häufung der wärmsten je aufgetretenen Frühjahre in diesem Zeitraum. Bei den langjährigen Niederschlagsmengen wiederum seien in den letzten Jahren **keine starken Abweichungen** im meteorologischen Frühjahr (Monate März bis Mai) vom 30-jährigen Mittel aufgetreten.

Die **Auswirkungen der klimatischen Veränderungen** könnten je nach landwirtschaftlicher Kultur und Fruchtfolge unterschiedlich sein. Der Wasserhaushalt werde sich durch das zunehmende Verdunstungspotenzial deutlich verändern. Es sei mit einer **Zunahme von Krankheiten** zu rechnen. Feuchtwarme Witterungsbedingungen förderten zudem eine Reihe von Schaderregern wie Milben, Schnecken, Pilze und Bakterien. Wärme liebende Insekten, wie Kartoffelkäfer (Blattfraß, Saugschäden usw.) sowie Blattläuse und Zikaden (unter anderem Qualitätsverluste) könnten verstärkt auftreten. Die **Überwinterungsrate von Schädlingen** werde steigen, sodass der Befallsdruck im Frühjahr früher und höher ausfallen könnte. Zudem könnten sich bisher **nicht heimische Schaderreger** durch die ansteigenden Temperaturen ausbreiten. Es sei daher zunehmend mit direkten Schäden durch längere Trockenperioden und Förderung des Auftretens bestimmter Schaderreger (z. B. Spinnmilben, Borkenkäfer usw.) zu rechnen.

4. Militärischer Fluglärm in der Pfalz – Überschallflüge

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
– [Drs. 17/12129](#) –

Die Landesregierung bestätigt in ihrer Antwort die Betroffenheit der Pfalz sowie des nördlichen Saarlandes durch militärischen Fluglärm. Das Ministerium des Innern und für Sport arbeite daher auf verschiedenen Ebenen darauf hin, diese Betroffenheit **möglichst zu reduzieren**. Hierbei seien bereits **erste Erfolge** erzielt worden. Hierzu zählten unter anderem die **Einschränkungen der Nutzung** sowie eine **flexible Anhebung der Luftraumuntergrenze**.

Sowohl die Bundesluftwaffe als auch die US Airforce erklärten in Gesprächen immer wieder die **Notwendigkeit von Übungsflügen über Land**. Hintergrund hierfür seien die veränderte geopolitische Lage in Osteuropa sowie weltweite Konflikte. Flugzeugbesatzungen bräuchten eine **bestmögliche Vorbereitung**, um ihre Aufgaben in einem eventuellen Einsatz verlässlich und sicher erfüllen zu können.

5. Lebensmittelverschwendung

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
– [Drs. 17/12172](#) –

Laut der im September 2019 veröffentlichten Studie „Lebensmittelabfälle in Deutschland – Baseline 2015“ des Johann Heinrich von Thünen-Instituts landen in Deutschland jährlich etwa 12 Mio. t Lebensmittel im Müll (Thünen Report 71, 2019). Dies teilt die Landesregierung mit. Die Lebensmittelabfälle entstünden dabei in der Herstellung, bei der Lebensmittelverarbeitung, im Groß- und Einzelhandel, in der Außer-Haus-Verpflegung sowie in den privaten Haushalten. Ein Großteil dieser Abfälle gehe dabei auf private Haushalte zurück. Im Schnitt werfe damit **jeder Bundesbürger pro Jahr 75 kg** Lebensmittel weg.

Rheinland-Pfalz setze sich auf verschiedenen Ebenen für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion ein. Schwerpunkte seien die **Verbraucherbildung**, die **Förderung des ökologischen Landbaus** sowie die **Stärkung regionaler Vermarktung**. Zudem verfolgten aufgelegte Schulprojekte das Ziel, Schülerinnen und Schüler über das Ausmaß der Lebensmittelverschwendung aufzuklären, mit ihnen über den Wert von Lebensmitteln zu diskutieren und sie für einen sachgerechten Umgang mit Lebensmitteln zu sensibilisieren und handlungsfähig zu machen.

6. Bundesrat: Grundrente, Hass und Hetze im Netz und Arbeitsbedingungen für ausländische Beschäftigte

[Bundesrat-KOMPAKT vom 03.07.2020](#)

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause billigte der Bundesrat insgesamt 20 Gesetzentwürfe, die der Bundestag erst kurz zuvor verabschiedet hatte.

Gebilligt wurde unter anderem die **Grundrente**, wonach rund 1,3 Millionen Menschen mit kleinen Renten ab 2021 einen Zuschlag zu ihrer Altersversorgung erhalten. Weiter hat der Bundesrat den Weg freigemacht für den kurz zuvor vom Bundestag beschlossenen **Kohleausstieg**. Die Stein- und Kohlekraftwerke in Deutschland sollen nach einem genauen Zeitplan bis 2038 stillgelegt werden.

Ebenfalls Zustimmung erhielt der Bundestagsbeschluss zur Bekämpfung der **Hasskriminalität** im Netz. Die Strafverfolgung von Hasskriminalität im Internet soll verbessert werden. Unter anderem ist das Bundeskriminalamt im Rahmen seiner Zentralstellenaufgabe künftig berechtigt, bei

Telemediendiensteanbietern die Login-IP-Adressen von Urhebern strafbarer Internetinhalte abzufragen.

Der Bundesrat hat dem Gesetzesbeschluss des Bundestages zur Übertragung der geänderten **EU-Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie** ins deutsche Recht zugestimmt. Unter anderem schafft das Gesetz zudem die Möglichkeit, knapp 1000 neue Stellen für verstärkte Kontrollen gegen Lohndumping, aber auch unzureichende Unterkünfte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einzurichten.